

Kurz und Bündig

Informationen aus der Kreistagsfraktion

Jahrgang 7

Ausgabe 4

Dezember 2023



Der Haushalt 2024 im Überblick

Wie zu erwarten: Die Haushaltslast wird größer. Durch die gestiegenen Ausgaben wird die Lücke zu den Einnahmen größer, der Zahlbetrag soll von 235 Mio. Euro auf 375 Mio. Euro steigen, die Kreisumlage von 28,7% auf 34,5%, das bedeutet eine Steigerung um 20,2%. Die Ursachen sind bekannt: Inflation, hohe Tarifabschlüsse, steigende Energiekosten, hohe Transferleistungen, die nicht immer nach dem Verursacherprinzip von Bund und Land NRW ausgeglichen werden. Zusätzlich steigt die LWL Umlage um 332 Millionen Euro, wovon der Kreis Steinfurt einen Anteil von 17,5% zu tragen hat, was einer Summe von 58 Mio. Euro entspricht. Wohlgemerkt: Zusätzlich zu den Kosten des letzten Jahres, die bereits Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen waren..

Die Bürgermeister haben in ihrer Stellungnahme erneut darauf hingewiesen, dass ein solcher Haushalt die Gemeinden überfordert. In der Folge dieser Zahlen würden mehrere Gemeinden in die Haushaltssicherung laufen, die Stadt Rheine hat bereits eine Anhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B zum Ausgleich ihres Haushaltes beschlossen. Die Bürgermeister fordern den Landrat und seine Verwaltung auf, die Zahlbeträge der Kreisumlage nicht über die bisheriger Jahre zu steigern und darüber hinaus die Ausgleichsrücklage des Kreises aufzulösen. So verständlich diese Forderung auch ist, ist sie nach Auffassung der FDP-Kreistagsfraktion doch nicht zielführend. Bisher konnten die erheblichen Belastungen aus der Corona-Pandemie und aus dem Ukraine-Krieg isoliert werden, diese Isolation endet Ende diesen Jahres. Zusätzlich beginnt ab 2026 die Rückzahlphase aus den Isolierungen der vergangenen Jahre und belasten den Haushalt. Dann werden die Rückstellungen richtig wichtig.

Das Gebot der Stunde bedeutet also Spar-samkeit. Aber wo? Dazu ist es wichtig, die Strukturen des Haushalts zu beleuchten: Zunächst sind da die freiwilligen Leistungen des Kreises. Sind sie so alle notwendig? Müssen sie zum Inflations- und Energieausgleich alle umfangreich steigen? Oder spart das Beharren auf den bisherigen Höhen das Ehrenamt kaputt? Und dann gibt es die Pflichtaufgaben. Sie werden den Gebietskörperschaften von Bund und Land auferlegt. Kein Entrinnen möglich. Aber: Müssen sie in dieser Form und Ausgestaltung immer sein? Welche Standards sichern ein menschenwürdiges Leben und verhindern den Absturz von Existenzen. Wo beginnt die Eigenverantwortung jedes Einzelnen?

Vor dieser Gemengelage finden in diesem Jahr die Haushaltsberatungen für den Kreis statt.

Ausblick: Der Wegfall der Isolierungen aus Corona und dem Ukrainekrieg führen schon jetzt zu erheblichen Mehrbelastungen. Ab 2026 wird es noch dramatischer.

DIE KERNZAHLEN DES HAUSHALTS 2024

Gesamtvolumen:	766.200.000,— €
Zahlbetrag	254.639.000,—
Kreisumlage:	33,2 %
Steigerungsbetrag	27.500.000,— €
Steigerungssatz	4,8 %
Davon Personal	
Volumen	109.750.000,— €
Anteil	12,9 %
Stellenzuwachs	18,20 VZÄ
Mehrkosten	12.421.000,— €
Allgemeine Rücklage	
Inanspruchnahme	17.279.426,— €
Restbestand	2.000.000,— €
allgemeine Jugendamtsumlage:	
Zahlbetrag:	115.266.000,— €
Jugendamtsumlage	28,07 %
LWL-Umlage	
Zahlbetrag LWL-Umlage	150.589.000,— €
Steigerungsbetrag	9.100.000,— €
Steigerung	6,4 %
Umlagesatz aktuell Krs Steinfurt	17,55 %

Impressum:

Dies ist eine Information der Fraktion der FDP im Kreistag von Steinfurt.

Vorsitzender:

Hans-Jürgen Streich
Waldfrieden 8A
49479 Ibbenbüren

Verantwortlich:

Dr. E. Grützner
Poststraße 16
48429 Rheine

E-Mail: dr.gruetznert-online.de

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Landrat
35.140.416,- Euro

Stellenanteil: 134,87 Stellen

Der Haushalt des Landrates

Das Dezernat des Landrats Dr. Martin Sommer ist zuständig für das Personalwesen, aber auch für Umweltschutz und Nachhaltigkeit, außerdem ist bei ihm die Finanzabteilung des Kreises mit der Kämmerei angesiedelt. Er ist ebenfalls zuständig für die Kreispolizeibehörde und die Wirtschaftsförderung.

Im Vergleich zum Vorjahr steigen in seinem Dezernat die Kosten um 5,96%, der Personalanteil sinkt um 6 Stellen (4,72%).

Mit Abstand den größten Anteil am Gesamthaushalt dieses Dezernats machen die Personalkosten aus, die mit 15.785.000,- Euro etwa 40% des Gesamtvolumens in diesem Dezernat beträgt. Der Steigerungssatz im Vergleich zum Vorjahresbudget beträgt über 20%, geschuldet den hohen Tarifabschlüssen und den Sonderzahlungen zum Inflationsausgleich. Nimmt man alle weiteren Personalkosten und Rückstellungen hinzu, beträgt der Anteil am Haushalt des Landrats 66,2%. Weit abgeschlagen mit 5,5% liegen Wirtschaftsförderung und Klimaschutz/Nachhaltigkeit auf dem Plätzen 3 und 4.

Hier wird deutlich, wie stark die Personalausstattung der Kreisverwaltung die Kostensituation beeinflusst. Vor diesem Hintergrund haben die Mitglieder der Kreistagsfraktion in ihrer Klausurtagung zum Haushalt Anfang November diesen Jahres noch einmal deutlich gemacht, dass sie eine Verstärkung der Bemühungen zu einem flexibleren Personaleinsatz für dringlich halten, etwa durch Desk- oder Room- Sharing, aber auch durch eine noch einmal weiter beschleunigte Digitalisierung der Kreisverwaltung. Nach einem schnellen Start im Jahr 2020 und 2021 scheinen die Bemühungen hier erlahmt zu sein. In diesem Rahmen muss nach Auffassung der Fraktion auch über eine verstärkte Nutzung von KI gesprochen werden.

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Dezernat I
7.623.975,- Euro

Stellenanteil: 260,11 Stellen

Dezernat I : Digitales - Personal - Ausländer - Einbürgerung

Kreisdirektor Peter Freitag ist seit Mitte 2023 als Nachfolger der als Polizeipräsidentin nach Münster gewechselten Alexandra Dorndorf Leiter des Dezernats I und allgemeiner Vertreter des Landrats.

Er verwaltet zwar nur einen Anteil von ca. 2,0% vom Gesamthaushalt, hat aber den größten Personalbestand in seinem Dezernat. Außerdem verwaltet er ein beträchtliches Investitionsvolumen.

Bei der genauen Betrachtung der Zahlen erkennt man ein noch erhebliches Optimierungspotential für die KFZ-Zulassungsstelle und die Führerscheinstelle. Allein diese beiden Teilbereiche beschäftigen mehr als 50 Mitarbeiter, wobei der Personalbedarf beispielsweise in der Zulassungsstelle für 2024 unverändert geplant worden ist, obwohl die Zulassung doch seit einigen Wochen bereits digital funktionieren sollte. Auch die Führerscheinstelle muss personell aufgestockt werden, da immer mehr Medizinisch-Psychologische

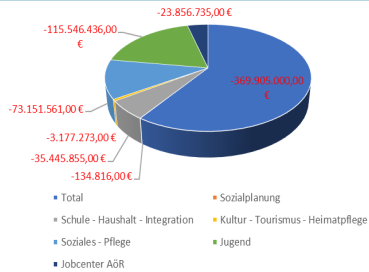
Begutachtungen (vulgo: Idiotentests) erforderlich werden, wenn ein Führerschein zwischenzeitlich eingezogen wurde.

Die Investitionen in Höhe von ca. 4 Mio. Euro erfolgen für die IT. Mit dem Geld werden sowohl veraltete Microsoft Lizenzen erneuert, eine Spracherkennungssoftware angeschafft und auch die für den Bevölkerungsschutz notwendigen Funkvoraussetzungen im Digitalfunk geschaffen. Gleichzeitig wird Personal aufgestockt, um den Schutz kreiseigener EDV abzusichern.

Schwerpunkt des Dezernats sind aber Zuwanderung, Aufenthalt und Einwohner. Das Volumen für dieses Amt beansprucht 59,7% des Gesamtvolumens des Dezernats. Eine personelle Aufstockung war aufgrund erheblicher Rückstände in der Antragsbearbeitung notwendig geworden, dem Amt stehen 60,1 VZÄ zur Verfügung.

Bund und Land tragen erheblich durch eine teilweise Erstattung von Leistungen und Kosten bei.

Dezernat II : Soziales - Arbeit - Integration



Im Dezernat von Tilman Fuchs spielt die finanzielle Musik des Kreises. Weite Teile der speziellen Jugendamtumlage werden hier ebenso verwaltet, wie Teile der Kreisumlage.

Die Grafik stellt den Anteil der einzelnen Ämter am Gesamthaushalt dar.

Der Sozialbereich regelt die Belange der Sozialgesetzbücher für Leistungen zum Leben (SGB II) und bei Behinderungen (SGB XII). Hier schlagen besonders die Kosten zur Teilhabe zu Buche, sowie die Hilfen

zum Leben nach dem Bundesteilhabegesetz (BTHG). Die Gesetzgebung des Bundes hat zu einer erheblichen Verlagerung der Leistungen geführt, der Kreis muss jetzt erheblich umfangreicher tätig werden. Leider hat der Bund vergessen, vollumfänglich die Mittel mitzuliefern.

17% des Gesamtetats machen die Leistungen bei Pflegebedarf aus. Hier werden die Leistungen bei ambulantem oder stationären Pflegebedarf abgebildet, Pflegegeld und Investitionskostenzuschüsse für ambulante Pflegeeinrichtungen.

Der Etat des Jugendamts umfasst Belastungen durch die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, Leistungen für den "Offenen Ganzttag" in Schulen und Kindergärten sowie die U-3 Betreuung. Aber auch die Kosten bei Adoptionen, Inobhutnahmen oder Leistungen der Jugendarbeit finden sich hier.

Der Haushaltsanteil steigt um 15%

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Dezernat II
251.312.676,- Euro

Stellenanteil: 320,71 Stellen

Dezernat III: Bauen und Verkehr

Im Dezernat von Carsten Rehers findet sich die gesamte Infrastruktur des Kreises mit Gebäuden und Verkehrswegen wieder. Aufgabe des Dezernats sind Erhalt und Neuschaffung. Hier finden außerdem die Bearbeitung und Genehmigung von Baugenehmigungen statt, sofern sie das Kreisgebiet betreffen. Eine weitere Aufgabe ist der soziale Wohnungsbau und die Unterstützung der Wohnungsbaugesellschaften der Kommunen im Kreis. Im Umweltbereich sind Boden- und Gewässerschutz, Immissionsschutz und Abfallwirtschaft in diesem Dezernat angesiedelt.

Der Personalkegel des Dezernates wird um 7,64 Stellenanteile vergrößert, Wohnraumförderung und die Aufgaben für den Immissionsschutz haben durch Neuregelungen auf Bundesebene deutlich zugenommen. Dabei ist besonders die Wohnraumförderung extrem erfolgreich, hier konnten für den Kreis weit überdurchschnittlich hohe Fördermittel vom Land eingeworben und vor allem auch verbaut werden.

Investitionen werden im Wesentlichen in das Katastrophenschutzlager fließen, dessen Planung und bauliche Realisierung dem Bauamt obliegt und die Rettungswache in Ochtrup wird neu gebaut. Gleichzeitig werden weitere Investitionen in die EDV-Ausstattung vorgenommen, um die Einführung einer "Digitalen Bauakte" voranzutreiben. Weitere Investitionen fließen in das Projekt "Burgberg Tecklenburg", in die Gestaltung der Außenanlagen am DA Kunsthaus Kloster Gravenhorst, um es für Besucher attraktiver zu gestalten. Aber auch in die kreiseigenen Schulen wird investiert. Umfangreiche Baumaßnahmen an der Michael-Ende-Schule und an den berufsbildenden Schulen in Rheine sind beraten und genehmigt.

Das Haushaltsvolumen des Dezernats steigt um 16%, der Stellenanteil um 8%.

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Dezernat III
33.815.195,- Euro

Stellenanteil: 336,57 Stellen

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Dezernat IV:
5.000.697,- Euro

Stellenanteil: 112,64 Stellen

Dezernat IV : Gesundheit und Bevölkerungsschutz

Dr. Karl-Heinz Fuchs koordiniert im kleinsten der vier Dezernate die Vorsorge für den Katastrophenschutz sowie der Rettungsdienst. Der Bau der neuen Rettungsleitstelle ist inzwischen ebenso abgeschlossen, wie die Errichtung der neuen Feuerwehrtechnischen Zentrale. Im Zentrum des nächsten Haushaltsjahres steht die Schaffung eines neuen Katastrophenschutzlagers. Das ist notwendig, nachdem die Mietverträge der bisherigen verteilten Lagerstätten unter anderem durch das Sanitätsregiment 4 in Rheine gekündigt wurden und in Saerbeck eine Erweiterung nicht möglich war. Ein passendes Grundstück konnte nach mehrmonatiger intensiver Suche in Ochtrup gefunden werden und eine entsprechende Kaufvereinbarung unterzeichnet werden. Der Neubau der Lagerhalle mit einem modernen Hochregallager ist für das Jahr 2024 geplant. So kann die Lagerung von Versorgungsgütern für 1% der Menschen im Kreis für einen Katastrophenfall sichergestellt werden, wie wir ihn zuletzt mit der Flutkatastrophe im Ahrtal erleben mussten.

Auch für die Feuerwehren im Kreis ist die Beschaffung von Ersatz für in die Jahre gekommene Fahrzeuge eingeplant. Der Ersatz eines Teleskopladlers ist notwendig geworden, die Anschaffung einer Drohne für die Einsatzleitung in Katastrophenfällen und die Überarbeitung eines Gerätewagens.

Im Rettungsdienst werden die notwendigen Ausgaben durch die Krankenkassen zu 100% erstattet, durch die rückwirkende Erstattung von bereits entstandenen Kosten in Höhe von 855.000,- Euro ist aus diesem Produkt ein nennenswerter Beitrag zur Kostendeckung für dieses Produkt möglich.

Insgesamt konnte das Dezernat durch Straffung der Prozesse und Normierung der Abläufe 18% Kosten im Vergleich zu 2023 reduzieren, der Personalanteil erhöht sich um 5 Stellen, u.a. wegen zusätzlichen Bedarfs an Disponenten in der Kreisleitstelle.

Die Position der FDP-Fraktion und die Anträge

Die FDP-Fraktion im Kreistag ist sich klar darüber, dass aktuell besondere Belastungen den Haushalt beeinflussen. Eine Inflationsrate von im Jahresmittel 6,2% und die Lohnsteigerungen von ca. 6%, die Verteuerung der Zinsbelastungen und die erhöhte LWL-Umlage addieren sich auf ca. 65 Mio. Euro, ohne dass auch nur eine zusätzliche Maßnahme von der Kreisverwaltung beantragt worden ist. Hinzu kommen zusätzliche Aufgaben durch die Gesetzgebung des Bundes und des Landes NRW, ohne dass dieser Mehraufwand mit einer ausreichenden Kapitaldeckung versehen worden wäre. Zudem hat das Land die Isolierung der Mehrkosten für die Kommunen aufgrund des weiter hohen Flüchtlingsaufkommens (z.B. der Kosten für Unterkunft und Heizung) nicht verlängert, so dass auch diese Position voll in den Haushalt eingestellt werden muss. Vor diesem Hintergrund hält es die Fraktion für erforder-

lich, mit Nachdruck ein Ende der sozialen Umverteilung anzumahnen. Aktuell ist mehr denn je die Zeit für eine Politik, die das Geld zusammenhält.

Die Steigerung der Kreisumlage auf mehr als 33% wird dazu führen, dass einige Gemeinden der kommunalen Familie handlungsunfähig bleiben oder werden, weil ihr Haushalt nur über Haushaltssicherungskonzepte sichergestellt werden kann. Diese missliche Situation wird verschärft durch die Fortschreibung der freiwilligen Leistungen des Kreises in unverminderter Höhe und der Forderung der politischen Mitbewerber, weitere über das notwendige Maß hinausgehende freiwillige Leistungen zu beschließen. Ein unruhliches Beispiel ist der Versuch, die ohnehin schon hochsubventionierten Deutschlandtickets im ÖPNV noch weiter im Preis zu drücken, indem der Kreis zusätzliche Kostenreduktionen bezuschussen soll. Gleiches

gilt für die Bezuschussung von Balkonsolaranlagen, die zwar nützlich sein mögen, aber bereits von verschiedenen Seiten bezuschusst werden.

Die FDP-Kreistagsfraktion hat daher folgenden Forderungskatalog für die Beratungen beschlossen:

Personelle Begrenzung des Stellenzuwachs auf 15 Stellen. Zusammenfassung und Einsparung bei einigen freiwilligen Leistungen, etwa der Schwangerschaftskonfliktberatung, der Hebammenförderung, keine weitere einseitige Verschärfung der geltenden Baustandards zur Energiedämmung, Beschleunigung der Digitalisierungsmaßnahmen, neue Konzepte zum Personal- und Raummanagement (Desksharing, Homeoffice), keine Raum- und Personalbeschaffung "auf Vorrat". Ohne positive Umsetzung dieser Grundforderungen wird die FDP dem Haushalt für 2024 nicht zustimmen.